Zeitschrift: Profil : sozialdemokratische Zeitschrift für Politik, Wirtschaft und Kultur
Herausgeber: Sozialdemokratische Partei der Schweiz
Band: 58 (1979)
Heft: 5

Rubrik: Aus der internationalen sozialistischen Bewegung

Nutzungsbedingungen
Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation
L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use
The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 13.07.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

Aus der internationalen sozialistischen Bewegung

Die kanadischen Sozialisten

Die Veranstaltung eines Kongresses der Sozialistischen Internationale in Vancouver, an der westlichsten Spitze Kanadas, hat die Aufmerksamkeit auf die Partei der kanadischen Sozialisten gelenkt, die eine der interessantesten Mitgliedsparteien der Internationale stellen, deren Wirken aber ausserhalb Kanadas zu Unrecht wenig bekannt ist. Um die Schwierigkeiten zu verstehen, die sich schon aus rein geographischen Gründen für den Aufbau einer sozialistischen Bewegung dort ergeben, muss man sich das ungeheure Ausmass Kanadas vor Augen führen. Vom westlichsten Punkt des Landes (Prince Rupert am Stillen Ozean) bis zum östlichsten (St. Johns am Atlantischen Ozean) sind mehr als 7000 Kilometer, also etwa die Entfernung von Lissabon zum Ural. Die westlichste Provinz Britisch Kolubien, deren wichtigste Stadt Vancouver ist, ist fast dreieinhalbmal so gross wie die Schweiz, hat aber nur etwa zwei Millionen Einwohner. Selbst innerhalb mancher Wahlkreise in Britisch-Kolumbien müssen Parlamentarier das Flugzeug benützen, wenn sie von einem Ort zum andern kommen wollen. Ganz Kanada ist ungefähr zehnmal so gross wie Britisch-Kolumbien. Nicht einmal die Vereinigten Staaten haben eine solche West-Ost-Ausdehnung wie Kanada. Dort beträgt der Zeitunterschied von West bis Ost vier Stunden, in Kanada viereinhalb Stunden. Keine andere demokratisch-sozialistische Partei hat ein territorial so ausgedehntes Wirkungsfeld wie die kanadischen Sozialisten, die fast überall im Lande, vom äussersten Westen bis zum äussersten Osten ihre Positionen haben.

Wenn man dazu bedenkt, dass es eine sozialdemokratische Bewegung im formellen Sinn des Wortes erst seit den dreissiger Jahren in Kanada gibt, kann man die Grösse des in dieser kurzen Zeitspanne Erreichten ermessen. Isolierte sozialistische Abgeordente hat es im kanadischen Bundesparlament schon in den zwanzigerr Jahren gegeben – ins Provinzparlament von Britisch-Kolumbien sind die ersten Sozialisten 1889 gewählt worden – , aber der Beschluss, unter dem Namen «Co-operative Commonwealth Federation» (CCF) eine politische Partei der Arbeiter, Bauern und «kleinen Leute» zu bilden, stammt erst aus dem Jahre 1932. Ein Jahr darauf hat sich die Partei im «Manifest von Regina» ein Programm gegeben, das einen Plan des Neuaufbaus Kanadas nach den Grundsätzen des demokratischen Sozialismus – Planwirtschaft, Sozialisierung des Kreditsystems, des Verkehrs und der Industrie, Steuergerechtigkeit und Sozialisierung des Gesundheitswesens – enthielt. 1956 ist das Programm durch das «Manifest von Winnipeg» ergänzt worden, das dem beliebten Spiessbürgerargument von den «bolschewistischen Tendenzen» der Sozialdemokratie den Boden abgraben wollte: Hier wurde ausgesprochen, was natürlich vorher auch nicht zweifelhaft sein konnte, dass die CCF nicht daran denke, die Familienfarmen, die Häuser oder die kleinen Geschäfte zu verstaatlichen oder die Sparguthaben zu konfiszieren.

1961 entschloss man sich zu einem Prozess, den man in Europa «über Bord werfen ideologischen Ballasts» nennt, um die Basis der Partei erweitern zu können. Sie nahm als neuen Namen «Neue demokratische Partei» (NDP) an, aber an ihren sozialdemokratischen Grundlagen hat sich damit nichts geändert. Sie ist auch insofern eine echt sozialdemokratische Partei, als sie ihre Ideologen und ihre Praktiker, ihren mehr gewerkschaftlich orientierten Flügel hat, ihre Intellektuellen und alles, was sonst noch dazu gehört. Sie ist – das ist ihre Besonderheit, von der noch die Rede sein soll – , eine Koalition vorzüglich von Bauern und Arbeitern.

Ähnlich etwa wie in der Schweiz, ist auch die kanadische Politik durch die völlige Trennung zwischen dem, was sich auf Bundesebene abspielt, und dem charakterisiert, was in die Kompetenz der zehn Provinzialregierungen und -parlamente gehört (abgesehen von den Nordwestgebieten und Yukon, die von Ottawa, der Bundeshauptstadt, aus verwaltet werden). Die Kompetenzen der Provinzialinstanzen entsprechen ungefähr der Stellung der Kantone in der Schweiz. Es kommt sehr häufig vor, dass bei den Wahlen ins Bundesparlament in einer Provinz eine Partei siegt, die bei Provinzialwahlen unterlegen ist, und umgekehrt. Die Zahl der «Wechselwähler» ist weit grösser als es in Europa üblich ist. Die NDP ist davon weniger betroffen, da sie sowohl die Provinzialregierung von Saskatchewan stellt als auch bei Parlamentswahlen sich dort als die stärkste Partei erweist. Aber sie trägt dem Prinzip der Dezentralisierung voll Rechnung: das Bundessekretariat in Ottawa ist eine sehr bescheidene Angelegenheit und weit kleiner als zum Beispiel das Sekretariat für die am stärksten industrialisierte Provinz Ontario in Toronto.

Im Bundesparlament hat die NDP beziehungsweise ihre Vorgängerin seit Jahrzehnten immer zwischen 20 und 30 Abgeordnete (von 264) und bildet die drittstärkste Partei nach den jetzt regierenden Liberalen und den Konservativen, die in Opposition stehen. Die NDP lehnt auf Bundesebene alle Koalitionen mit einer der bürgerlichen Parteien ab, ist aber bereit, die jeweilige Regierung dort zu unterstützen, wo sie fortschrittliche und dem sozialistischen Programm entlehnte Wahlversprechungen in die Tat umsetzen will. Das war besonders Anfang der siebziger Jahre der Fall, als die Regierung Trudeau keine Parlamentsmehrheit hatte und die NDP ihre Schlüsselposition zur Durchsetzung mancher Reformen auszunützen verstand. Obwohl eine Minderheitspartei, die bisher noch keine Gelegenheit zur Mitverantwortung in einer Bundesregierung hatte oder suchte, hat die NDP dadurch, dass sie immer als das mahnende soziale Gewissen auftrat, die jeweilige Bundesregierung zu vielen gesetzgeberischen Massnahmen zu zwingen verstanden. Ihrer Initiative entspringen zum Beispiel die Einführung der Arbeitslosenversicherung und der Altersrenten, die Schaffung einer in öffentlichen Händen befindlichen Notenbank und die ersten Schritte in der Richtung einer Krankenversicherung.

Gute Aussichten in Britisch Kolumbien

Anders ist das auf der Provinzebene. In den Provinzen, in denen die NDP im Parlament vertreten ist, steht sie mit einer Ausnahme gegenwärtig in Opposition. Im westlichsten Britisch Kolumbien ist sie die zweitstärkste Partei und stellt daher nach britischem parlamentarischem Brauch die «offizielle Opposition.» In der vorletzten Funktionsperiode hatte sie eine parlamentarische Mehrheit und konnte daher allein die Provinzregierung bilden. In dieser stark industrialisierten Provinz sollte die NDP eigentlich immer die führende Rolle spielen, wenn nicht die Partei der «Sozialkreditler», ein rein kanadisches Gewächs (eine Partei gleichen Namens hat allerdings auch in Neuseeland einen Parlamentssitz), etwa gleichzeitig mit der organisierten sozialistischen Bewegung auf den Plan getreten wäre. Sie gab sich ursprünglich recht antikapitalistisch (mit einem unklaren Programm, das etwa der Federschen «Brechung der Zinsknechtschaft» entsprach) und riss damit eine grössere Zahl potentieller sozialistischer Wähler mit. Jetzt, da sie die Regierungsgeschäfte in Britisch-Kolumbien führt, ist sie nichts als eine bürgerlich-konservative Gruppe, die von faschistisch-antisemitischen Anwandlungen nicht ganz frei ist. In Britisch-Kolumbien hat sie sich bisher dadurch am Ruder gehalten, dass sie die beiden anderen bürgerlichen Parteien grossenteils zu verschlucken verstand und einen verhältnismässig populären Mann zum Regierungschef hatte. Die NDP hofft, bei Provinzialwahlen 1979 mit ihrem Führer Dave Barrett, der schon einmal Regierungschef war, die parlamentarische Mehrheit wieder zu erobern. Die NDP stützt sich in Britisch-Kolumbien vor allem auf eine enge Zusammenarbeit mit dem Gewerkschaftsbund (Canadian Labour Congress). Insbesondere in Vancouver sind in der Partei viele dort ansässige Japaner tätig, während die noch zahlreicheren Chinesen mehr zu den Liberalen tendieren.

Schwer hat es die NDP in den kleinen und schwach besiedelten sogenannten Seeprovinzen im Osten (Neu-Schottland, Neu-Braunschweig und Prinz-Eduard-Insel). Trotzdem gibt es auch dort einen langsamen Fortschritt. Bei den Provinzialwahlen in Neu-Braunschweig im Oktober 1978, die die Konservativen mit 30 Sitzen gegen 28 der Liberalen gewannen, hat die NDP zwar kein Mandat erzielt, aber da sie ihre Stimmenzahl von 1974 bis jetzt von 4,1 Prozent auf 10,1 Prozent zu erhöhen vermochte, hat sie den Anspruch erworben, aus staatlichen Mitteln einen Zuschuss von einem Dollar pro abgegebene Stimme zu erhalten, was insgesamt 20 000 Dollar ausmacht, im Budget einer armen Partei eine recht beträchtliche Summe. Auch in der «Weizen-Provinz «Manitoba (1 Million Einwohner) hat die NDP unter Eduard Schreyer von 1969 an acht Jahre die Regierung gestellt und hofft, sie wieder zu erobern. In der östlichsten Provinz Neufundland, (500 000 Einwohner), in deren Parlament die NDP nicht vertreten ist, hat sie im Oktober 1978 einen Durchbruch erzielt, eine Nachwahl gewonnen und einen Abgeordneten ins Bundesparlament entsandt, ein einmaliger Erfolg, der von der Partei gebührend gefeiert wurde.

Agrarsozialismus in Saskatchewan

Das Paradestück der Partei ist aber Saskatchewan, fast 100 000 Quadratkilometer gross, doch nur von wenig über 900 000 Menschen bewohnt. 1944 ist es den Sozialisten zum erstenmal gelungen, die Mehrheit im Provinzialparlament von Saskatchewan zu erobern, und bei zwei späteren Wahlgängen im Amt bestätigt zu werden. Nach einem Zwischenspiel konvervativer Regierung hat die NDP vor zwölf Jahren die Parlamentsmehrheit zurückerobert und wurde bei den letzten Wahlen im Oktober 1978 mit ihrem Führer, dem Regierungschef Allan Blackeney, triumphal im Amt bestätigt. Von den 61 Sitzen im Provinzparlament hat sie jetzt 44 inne (gegen 39 vorher), die Liberalen sind völlig aus dem Parlament verschwunden, so dass sich die Sozialisten nur einer einzigen Oppositionspartei, den 17 Konservativen, gegenübersehen. Für die Liberalen hatte ihre Niederlage eine geradezu katastrophale Folge; da sie weniger als 15 Prozent der Stimmen erhalten hatten, verloren sie ihren Anspruch auf einen staatlichen Zuschuss zu den Wahlkosten in Höhe von nicht weniger als 70 000 Dollar.

Die Leistungen der sozialistischen Provinzialregierung von Saskatchewan sind nach vielen Richtungen hin äusserst bemerkenswert, denn hier handelte es sich bei der Amtsübernahme durch die Sozialisten 1944 um eine Provinz fast ausschliesslich landwirtschaftlichen Charakters, die keine grossen Städte aufweist und damals nicht viel Industrie besass. Das hat sich inzwischen durch Rohölfunde und die Ausbeutung neuentdeckter Pottasche-Lager sowie durch die Schaffung neuer Industriebetriebe wesentlich geändert; trotzdem bleibt die Landwirtschaft der führende Wirtschaftszweig der Provinz. Als die Partei 1944 47 der damals 52 Sitze im Parlament eroberte, waren 30 ihrer Abgeordneten aktive Bauern, eine die Frau eines Farmers, sechs waren Gewerkschaftsfunktionäre und der Rest verteilte sich auf die verschiedensten Berufe. Das einzigartige an dieser sich im Zeichen des demokratischen Sozialismus vollziehenden Zusammenarbeit zwischen Landwirten und Arbeitern ist, dass es sich hier keineswegs um eine Bewegung kleinerer und mittleren Bauern handelt, sondern dass in den Reihen der NDP die Farmer Saskatchewans schlechthin stehen, also auch Landwirte mit einem recht grossen Besitz, die sich davon überzeugt haben, dass die Interessen der manuellen Arbeiterschaft den ihren nicht entgegengesetzt sind. Angesichts des hohen Grades an Mechanisierung arbeiten im allgemeinen auch Besitzer grösserer Landwirtschaften ohne fremde Arbeitskräfte. Der Agrarsozialismus, der von der NDP-Regierung in die Tat umgesetzt wird, besteht vor allem in der Sicherung der Lebens- und Absatzmöglichkeiten der Weizenzüchter: Sicherung ihres Farmbesitzes gegen Verlust durch Verschuldung, Sicherung entsprechender und entsprechend stabiler Absatzpreise. Zugleich fördert die Regierung den freiwilligen Zusammenschluss der Landwirte zu Zweckgenossenschaften. Auf anderem Gebiete hat die sozialistische Regierung von Saskatchewan das modernste Gewerkschaftsgesetz Nordamerikas verwirk-

licht, durch das kollektive Verhandlungen zwischen Arbeitnehmer- und Arbeitgeberorganisationen obligatorisch gemacht und die Möglichkeit der Enteignung von Betrieben im Falle der andauernden Verletzung von Arbeiterschutzvorschriften eingeführt wurde. (Von letzterer Möglichkeit wurde auch in einem Falle Gebrauch gemacht.) Die vielleicht wichtigste Reform war aber die lange von der Ärzteorganisation sabotierte Einführung eines Staatlichen Gesundheitsdienstes nach britischem Muster.

Eine internationale Partei

Mit Ausnahme der Sozialkreditler sind alle kanadischen politischen Parteien im Prinzip einwanderungsfreundlich, da sie wissen, dass der Aufschwung des Landes trotz grösster Arbeitslosigkeit sehr wesentlich durch Zustrom von Einwanderern gefördert werden kann. In der NDP als der jüngsten der drei massgebenden politischen Parteien ist das «neukanadische» Element, besonders durch die Einwanderung englischer Sozialisten, vielleicht am stärksten vertreten. Alle drei Parteien werben natürlich um die Stimmen jener Millionen, die nach 1945 nach Kanada gekommen sind und inzwischen das Wahlrecht erworben haben. Vielfach geschieht das in den Sprachen der Einwanderer (ukrainisch, polnisch, skandinavisch, deutsch). Die Konservativen pflegen sogar ihre Wahlpropaganda in acht Sprachen zu publizieren. Doch die Sozialisten sind die einzigen, die nicht nur Zulassung von Einwanderern, aber darüber hinaus ihren planmässigen Einbau in die kanadische Wirtschaft verlangen – bisher werden sie meist dem Zufall überlassen – , und sie sind auch die einzigen, die Nachkriegskanadier als Kandidaten aufzustellen pflegen. Innerhalb der Partei selbst gibt es keine Vorrechte Alteingesessener und volle Betätigungsmöglichkeiten für Zuwanderer. Der frühere Führer der Partei auf Bundesebene, David Lewis, ist in Polen geboren. Durch viele Jahre war der Vorsitzende der Partei in der Provinz Ontario, die mehr als dreimal so gross ist wie die Schweiz, ein Sudetendeutscher, Im Parteisekretariat in Toronto arbeitet eine Angestellte, die aus Hannover stammt, mit einer Chinesin zusammen – und niemand findet das auch nur erwähnenswert.

Engländer und Franzosen

Ein schwacher Punkt der kanadischen Sozialisten ist ihre ungenügende Vertretung innerhalb der französisch sprechenden Bevölkerung, die mehr als 80 Prozent (von sechs Millionen) der grössten Provinz Quebec ausmacht. Das Problem der Beziehungen zwischen französisch- und englischsprechenden Kanadiern ist kein für die Arbeiterbewegung spezifisches und die NDP hat auch kein Wundermittel anzubieten, durch das der gegenwärtig die ganze Grundlage der kanadischen Föderation bedrohende Konflikt aus der Welt geschafft werden könnte, der durch die separatistischen Bestrebungen der die Provinz seit einigen Jahren beherrschenden Parti Quebecois hervorgerufen wurde. Die NDP ist für volle Gerechtigkeit gegenüber dem französischen Element bei Aufrechterhaltung der Einheit

der kanadischen Föderation. Sie unterscheidet sich damit nur unwesentlich von der offiziellen Haltung der Liberalen Partei, deren Führer Pierre Trudeau (der übrigens seine politische Karriere als Sozialist begonnen hat) selbst Franzose ist. Ob nun alles das Abfällige richtig ist, das die englischsprechenden Kanadier über die französisch sprechenden erzählen und umgekehrt, ist weniger wichtig als die Tatsache, dass die Franzosen, zumindest in Montreal, fast alle Englisch zu sprechen und zu verstehen scheinen, während man das analoge von der englisch sprechenden Minderheit in dieser Stadt nicht sagen kann. Auch die Neueinwanderer bemühen sich alle, im englischen Milieu aufzugehen. Solange der Separatismus kein ernstes Problem war, haben die Franzosen Inzucht betrieben und wenig Interesse an Neueinwanderern bekundet. Das hat sich inzwischen gründlich geändert durch die Gesetzgebung der Parti Quebecois, die Schulen mit englischer Unterrichtssprache nur für Kinder englischer Abkunft zulassen will. Die NDP hat den im englisch-kanadischen Milieu seltenen Vorteil, dass sowohl ihr früherer Parteiführer David Lewis als auch der seit 1975 führende Repräsentant der Partei Edward Broadbent fliessend Französisch sprechen. Aber weder im Provinzparlament noch im Bundesparlament hat es bisher einen Sozialisten aus Quebec gegeben, wiewohl die Partei dort sowohl unter den Intellektuellen als auch unter der gewerkschaftlich organisierten Arbeiterschaft viele Anhänger hat.

Zukunftshoffnungen der kanadischen Sozialisten

Wie stehen die Zukunftsaussichten der kanadischen Arbeiterbewegung? Sie wird immer unter dem Handicap der riesigen Entfernungen zu leiden haben, die jede organisatorische Tätigkeit und jeden Wahlkampf gewaltig verteuern – im Gegensatz zu den bürgerlichen Parteien können die Sozialisten nur auf die Opferfreudigkeit und Begeisterung ihrer Anhänger rechnen. Kanada ist ein Land, das sich in einem gigantischen Umformungsprozess befindet und gegenwärtig unter einer politischen Krise leidet. In beiden Fällen sind die Endergebnisse unabsehbar. Die fortschreitende Industrialisierung ist aber jedenfalls einer der Faktoren, der den von der Gewerkschaftsbewegung Kanadas (2,5 Millionen Mitglieder) gestützten Sozialisten weitere Aufstiegsmöglichkeiten gibt. Nach britischem Muster beruht die Stärke der Partei vor allem auf der Blockmitgliedschaft vieler Gewerkschaften, und es ist bemerkenswert, dass diese besonders stark bei Gewerkschaften wie den Holzarbeitern und den Stahlarbeitern ist, die ihre Zentrale in den Vereinigten Staaten haben, wo Ähnliches undenkbar wäre.

Es ist das Ziel der NDP, aus der drittstärksten die zweitstärkste Partei des Landes zu werden, und die Wahlen ins Bundesparlament 1979, bei denen die herrschenden Liberalen möglicherweise eine schwere Niederlage erleiden werden, mag den Weg freigeben zu einer derartigen Entwicklung, die die Sozialisten zur «offiziellen Opposition» und damit zur alternativen Bundesregierung macht. Ein solcher Wandel in Kanada wäre für den ganzen internationalen Sozialismus von grösster Bedeutung.

Seit dem wie immer, von Europa aus gesehen gilt für Kanada, was Goethes Altersweisheit (1827) – von Kanada konnte er kaum viel wissen – den Vereinigten Staaten ins Stammbuch geschrieben hat:

Amerika, du hast es besser
als unser Kontinent, das alte.
Hast keine verfallene Schlösser
und keine Basalte.

Dich stört nicht im Neuen
zu lebendiger Zeit
unnützes Erinnern
und vergeblicher Streit.